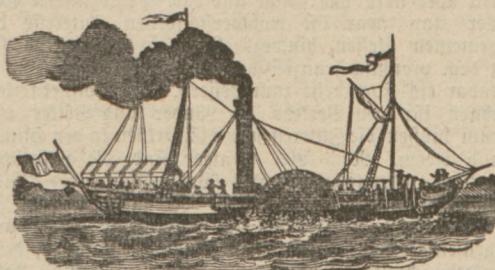


Danziger Dampfboot.

Nº 123.

Mittwoch, den 28. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementpreis hier in der Expedition Portehausgasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 9 Pfge., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: A. Retemeyer's Centr.-Büro.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübner, Buchhändler.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haasenstein & Vogler.

Des Himmelfahrtsfestes wegen erscheint die nächste Nr. erst Freitag 30. Mai, Nachm. 5 Uhr.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro Juni beträgt hier wie auswärts 10 Sgr. Auswärtige wollen sich direct an unsere Expedition wenden.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

Frankfurt a. M., Dienstag 27. Mai. Der Generalfongress deutscher Industriellen stimmte mit 37 gegen 35 Stimmen für unbedingte Annahme des deutsch-französischen Handelsvertrages.

Wien, Dienstag 27. Mai. Die Vertreter der bei den bekannten identischen Noten beteiligten Cabinetts (Würzburger) werden hier demnächst zusammenkommen, um die Bundesreformprobleme bezüglich einer Bundes-Executive, eines Bundesgerichts und einer deutschen Volksvertretung zu berathen.

Paris, Montag 26. Mai. Prinz Napoleon ist in Palermo, General Miramonti in Paris eingetroffen.

Paris, Dienstag 27. Mai. Hier eingetroffene Nachrichten aus Turin vom gestrigen Tage melden, daß Nationalshützenvereine provisorisch suspendirt worden seien. In Genua habe bei dem Emancipationsverein eine Untersuchung stattgefunden und seien Papiere mit Beschlag belegt worden. In Florenz wurden 44 Kisten mit Gewehren saifirt und fanden mehrere Verhaftungen statt.

Aus Lissabon wird gemeldet, daß in Porto stattgehabte Unruhen mit Waffengewalt niedergedrückt worden seien.

London, Dienstag 27. Mai. Die heutige „Morningpost“ veröffentlicht eine Depesche Lord Russell's an den englischen Gesandten in Mexico Wyke vom 22. März. Derselbe billigt seine Haltung in der mexicanischen Angelegenheit, den Bruch der Konferenz und die Beendigung der gemeinsamen Action der Alliierten.

Die beiden Adress-Entwürfe.

Zu einer vorherigen Einigung zwischen den Parteien über den der Adresse zu Grunde zu legenden Entwurf ist es nicht gekommen; es wird also Sache der Commission sein, eine solche noch nachträglich zu Stande zu bringen; denn es müßte doch als ein übles Vorzeichen für das Resultat der vorstehenden Sessien gelten, könnte man nicht einmal hierin, wo der Sachen nach vollkommene Übereinstimmung herrscht, ein geschlossenes Auftreten erreichen. Da sich die konstitutionelle und die Fortschrittpartei der Zahl nach beinahe die Wage halten, würde, gelangte man nicht dazu, die Adresse in jedem Falle nur eine undeutende Majorität gewinnen, und dann nur geringe Wirkung hervorbringen. Sehen wir uns nun den Inhalt der beiden vorliegenden Entwürfe näher an, so liegt darin durchaus kein Gegensatz; der Unterschied zwischen beiden ist nur in dem mehr oder weniger, das sie bringen, enthalten. Der Twestensche Entwurf beschränkt sich darauf, die Bedeutung des Wahlresultates der Krone gegenüber in das rechte Licht zu setzen, die Loyalität der verfassungstreuen Opposition gegen die ministeriellen Wahlerlaß in Schutz zu nehmen, gegen das Hineinziehen des Königlichen

Ansprechens in den Parteienkampf Beschwerde zu erheben; in der Form wird durchaus nicht das Maß gebührender Achtung überschritten, nur hat sich der Verfasser, indem er es verschmähte auf die Fragen des realen Staatslebens einzugehen, nicht ganz von dem Ton doctrinärer Erörterung frei halten können. Trägt seine ganze Arbeit durchaus das Gepräge des anomalen politischen Zustandes, in dem wir uns augenblicklich befinden, an sich, so sucht der Sybelsche Entwurf dagegen den Ausdruck desselben mehr in die hergebrachten Formen des constitutionellen Lebens zu kleiden. Die ganze politische Lage des Landes wird hier, zum Theil im Anschluß an die Thronrede, in Erörterung gezogen, die betreffende Beschwerde gegen das Verhalten des Ministeriums damit in Verbindung gebracht, der lebhafte und fast einstimmige Wunsch des Landes, die Regierung in die Bahnen einer energischen Reformpolitik einlenken zu sehen, bestimmt, aber ehrerbietig ausgesprochen. Die hoffnungsvolle Wendung, die unsre auswärtige Politik in letzter Zeit genommen, findet lebhafte Zustimmung, wenn auch angedeutet, daß dieselbe auf wirklichen Erfolg nur rechnen kann, wenn der Gang der Regierung auch im Innern damit in Harmonie gesetzt ist. In dem ganzen Entwurf wird sich kein Satz finden, der nicht des ungetheilten Beifalls sämlicher liberaler Parteien gewiß sein kann. Wir können daher auch nicht die Befürchtung theilen, daß dadurch die Gelegenheit zu langen zeitraubenden und den Eindruck abschwächenden Debatten geboten sei; eine gewisse Zurückhaltung wird man freilich dabei von allen Seiten üben müssen; es ist ja diese aber überhaupt der Kammer durch die Umstände auferlegt, und ein hervorragendes Mitglied ihrer extremsten Fraction ist ihr durch die Ablehnung seines Mandats so eben mit einem schönen Beispiel der Selbstüberwindung vorgegangen. Diese Rücksicht auf die Opportunität scheint uns nun auch bei der Wahl zwischen den vorliegenden Entwürfen allein den Ausschlag geben zu dürfen, und in dieser Hinsicht der Sybelsche entschieden den Vorzug zu verdienen. Die Regierung selbst hat in der Thronrede die Hand zum Frieden geboten, das Ministerium hat seine Niederlage schweigend hingenommen, und durch dies Stillschweigen seine Anfangs eingenommene Position als unhaltbar anerkannt; die Kammer soll nun nicht in diesem Stillschweigen ihm nachfolgen; es ist ihre Pflicht, auch den aufgegebenen Angriff als einen unberechtigten zurück zu weisen, aber damit kann sie sich genügen lassen. Ein direkter Angriff ist nur zu empfehlen, wenn man damit hoffen kann, das Ziel, das hier doch nur Aenderung des Ministeriums ist, zu erreichen; wir glauben nun nicht, daß man hiermit eine solche Wirkung für jetzt erreichen wird; man wird sich schon darauf einrichten müssen, eine Zeitlang mit ihm auszukommen; nur eine Vertrauen erweckende, sich von jeder Herausforderung fern haltende Thätigkeit der Kammer wird den Weg dazu bahnen. Die Annahme der Sybelschen Adresse scheint uns aber die beste Vorbereitung dafür.

Dienstag.

Der von Heinrich v. Sybel am 23. Mai im Hause der Abgeordneten eingebrachte Adressentwurf lautet wie folgt:

Allerdurchlauchtigster etc.

Ew. königlichen Majestät allergetreuestes Haus der Abgeordneten naht sich ehrfurchtsvoll dem Throne, um im Beginne seiner Verhandlungen Ew. Majestät die Lage des Landes gewissenhaft darzulegen. Als die von

dem preußischen Volke zum Organ seiner Stimmung gewählten Vertreter finden wir uns vor Allem gedrungen, auszusprechen, daß inmitten aller Bewegung der letzten Monate die Erfurth und die Treue für die Monarchie als sicherer Richtpunkt sämlicher Bestrebungen der Nation feststeht, und daß in der Klarheit und Wärme dieses Gefühls keine Klasse der Bevölkerung, keine Provinz, keine der großen politischen Parteien hinter der andern zurückbleibt. Das preußische Volk weiß sich Eins mit seinem Könige, es will sich Eins mit ihm wissen für alle Zeit. Die Ursache der jetzigen Bewegung ist keine andere, als die Befürchtung, daß irgend ein dem Gesamtwohl zuwiderstrebendes Sonderinteresse jenes festen Band des Vertrauens zwischen Thron und Volk auflösen könnte. Nachdem die militairische Reform und eine gewisse Unsicherheit über die künftige Richtung der preußischen Politik die Gemüthe lange beschäftigt hatte, war die plötzliche Auflösung des Hauses der Abgeordneten erfolgt aus einem Grunde, in welchem kaumemand den Beginn eines folgenreichen Principienstreites zu ahnen vermochte, wie ja auch Ew. Majestät Regierung das damals Verlangte als rechtmäßig und als ausführbar nunmehr selbst anerkannt hat. Der Auflösung des Hauses folgte sofort eine Umgestaltung des Ministeriums unter Umständen, welche das Land über die sachlichen Gründe der Krisis unbelehrt ließen. Es folgten die Wahlerlaß des neuen Ministeriums und der Unterbehörden, wodurch der geheiligte, Allen gleich theure Name Ew. Majestät in den Parteienkampf hineingezogen und nicht bloß den politischen, sondern allen übrigen Beamten die Theilnahme an der Wahlbewegung untersagt, sowie an vielen Stellen auch auf das Wahlrecht der übrigen Staatsbürger eine nicht gesetzmäßige Pression ausgeübt wurde. Unter diesen Wahrenehmungen hat das preußische Volk den Entschluß gefaßt, bei seinen Wahlen lediglich auf die eigene Überzeugung von dem untrennabaren Interesse des Thrones und des Landes zu blicken. Die Nation hat hierbei ihre Stellung mit Entschiedenheit, aber auch mit Loyalität und Patriotismus genommen. Stets eingedenkt der unantastbaren Rechte der Krone, erstrebt sie auch für sich nichts, als die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Innerhalb derselben wird diesem Hause wie dem preußischen Volke nie ein Opfer zu schwer sein, welches durch die Sicherheit und Größe Preußens gefordert, welches nach den Leistungskräften des Landes irgend möglich, und welches die Wehrfähigkeit des Staates weiter zu entwickeln geeignet ist, ohne die gleichmäßige Fürsorge für alle Zweige des öffentlichen Dienstes, die Ordnung des Staatshaushaltes und den nationalen Wohlstand zu gefährden. Die uns vorgelegten Handels- und Schifffahrts-Verträge werden wir der verfassungsmäßigen Prüfung mit Sorgfalt unterziehen. Vor allem empfangen wir mit lebhafter Anerkennung den Handels-Vertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich, welcher unsere Beziehungen zu einem mächtigen und blühenden Nachbarlande vervielfältigen, dem Frieden und beiderseitigen Gedeihen verstärkte Bürgschaft geben, den Bedürfnissen der Bevölkerung eine leichtere Befriedigung verschaffen, unserem Gewerbeleben neue Märkte und Absatzwege eröffnen und dadurch auch die Einnahme des Staats steigern wird. Wir glauben, daß der Verwirklichung solcher Hoffnungen auf die Dauer kein partikularistisches Interess widerstehe, kann und daß alle Gegenbestrebungen schon jetzt in Nichts zerfallen würden, wenn die Bevölkerung des Zollvereins ein-Gesamt-Organ für den gesetzlichen Ausdruck ihrer gemeinsamen Interessen erhielte. Die Energie und Würde, mit welcher Ew. Majestät der kurfürstlichen Regierung in den letzten Tagen entgegentreten sind, hat alle patriotischen Herzen mit Freude erfüllt. Wenn Ew. Majestät Regierung in der kurfürstlichen Verfassungsfach den Standpunkt der Legalität in seinem ganzen Umfang währen, das rechtsbeständige Wahlgesetz von 1849 ebenso, wie die rechtsbeständige Verfassung von 1831 zur Herstellung bringen, die angeblich bundeswidrigen Bestimmungen der letzteren nur auf verfassungsmäßigem Wege beseitigen lassen wird, wenn endlich Preußens Action, wie es einer selbständigen europäischen Großmacht zukommt, erst bei ganzer und voller Genugthuung für die lange fortgesetzte Verlezung der preußischen Ehre und Interessen abschließt: so wird, was für einen solchen Zweck erforderlich wäre, die Nation Ew. Majestät freudig entgegenbringen. Die uns vorgelegten Militair-Conventionen, so wie die Thätigkeit von Ew. Majestät Regierung für Küstenschutz und Flotte begleiten wir mit dem lebhaften Wunsche, daß es gelingen

möge, für diese Aufgaben allgemein deutschen Interesses die augenblicklich stockende Theilnahme des deutschen Volkes wieder zu beleben. Nur das thätige Vertrauen der deutschen Nation kann unsern Staat in den Stand setzen, die Rechte Schleswig-Holsteins gegen die Eingriffe Dänemarks zu schützen und in der Sache der deutschen Bundesreform das auch für Preußen wie für alle Bundesglieder gleich unerlässliche Ziel einer festeren nationalen Einigung zu erreichen.

Allerdurchlauchtigster, allergnädigster König!

Das preußische Volk ersehnt den Erlass der zum Ausbau unserer Verfassung nothwendigen Gesetze, die Entfernung historischer und pietistischer Einflüsse aus Staat und Schule, die verfassungsmäßige Befreiung des Widerstandes, welchen bisher ein Factor der Gesetzgebung jedem Verlangen dieser Richtung entgegengestellt hat. Weit entfernt, in eine Prärogative der Krone einzutreten, wissen wir dieselbe nicht kräftiger zu stützen und zu sichern, als indem wir Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht die Überzeugung aussprechen, daß keine Regierung, welche in diesen Punkten den Bedürfnissen der Nation widerstrebt, die Interessen der Krone und des Landes zu fördern im Stande sein würde, zumal in Preußen, dessen ganze Machtstellung auf moralischer Energie, also auf der hingebenden Begeisterung des Volkes beruht. In dem Bewußtsein, daß nur auf diesem Wege eine wahrhaft conservative und monarchische Politik durchgeführt werden kann, erlauben wir uns, an das vaterliche Herz Ew. Majestät die ehrfurchtsvolle Bitte zu richten, durch hochherzige Gewährung der nationalen Wünsche Ihrem getreuen Volke den inneren Frieden zurückzugeben und auf dieser unerschütterlichen Grundlage der opferwilligen Liebe der Nation Ihrem erhabenen Throne fortwährendes Wachsthum zu bereiten.

In tiefster Ehrfurcht ic.

N u n d s c h a u .

Berlin, 27. Mai.

Der König kam heute Vormittags vom Schlosse Babelsberg nach Berlin und begrüßte sogleich den Prinzen Oskar von Schweden, welcher heute Morgens von Weimar kommend, hier eingetroffen ist. Der fürstliche Gast machte dem Könige sofort seinen Gegenbesuch, fuhr darauf nach Potsdam, begrüßte dort den Kronprinzen, die Kronprinzessin und die übrigen dort residirenden Herrschaften, und kehrte Nachmittags in Begleitung des Kronprinzen ic. hierher zurück. Nachmittags fand dem Prinzen Oskar zu Ehren im kgl. Palais Tafel statt, zu welcher auch der schwedische Gesandte Einladung erhalten hat. Der Prinz Oskar beabsichtigt nur kurze Zeit am hiesigen Hofe zum Besuch zu verweilen und alsdann die Rückreise nach Stockholm fortzusetzen.

Der zum Ober-Bürgermeister Berlins gewählte Regierungspräsident Seydel in Sigmaringen ist der Schwager des Prof. Birchow und ein naher Verwandter des Geh. Kabinetsraths Illaire, sowie des Stadtverordneten Amtmann Seydel.

Eine Deputation von 21 Grundbesitzern aus den Kreisen Herford, Bielefeld und Halle ist hier angekommen, um dem Könige eine Ergebenheitsadresse zu überreichen. Diese Deputation wurde heute Vormittags bereits von dem Präsidenten des Herrenhauses Grafen zu Stollberg-Wernigerode und dem Minister des Innern v. Jagow empfangen.

Der König hat sein Bildnis der hiesigen Kriegsschule zum Geschenk gemacht. Der Saal der Akademie zeigt, wie bekannt, als vaterländischen Schmuck die Porträts sämtlicher brandenburgisch-preußischer Regenten, vom großen Kurfürsten an.

Am 14. d. wurde bei dem Redacteur der hier erscheinenden russischen Zeitung „Slobodnoje Slovo“, v. Blumer, während seiner Abwesenheit von Berlin eine Haussuchung gehalten. Ein russischer Polizeibeamter, von einem preußischen begleitet, suchte nach Briefen und zog nach Personen Erfundung ein, mit welchen v. B. umgehe. Zur Rechtfertigung der Haussuchung gab der russische Beamte das Motiv an: er suche nach einem Manne, der vor Kurzem mit einer unterschlagenen Summe aus Petersburg entflohen sei, und glaube, ihn bei Hrn. v. B. zu finden, da alle aus Ruhland kommen bei ihm verkehren.

Am Sonnabend hätte bei der großen Parade Unter den Linden ein unberechenbares Unglück geschehen können, wenn die Feuerwehr es durch schnelles Eintreten nicht abgewendet hätte. In dem Rinnstein an der Leipziger- und Wilhelmstraße war Spiritus hineingeslossen, den irgend eine ruchlose Hand angezündet haben mußte. Die Flammen waren in dem hellen Sonnenlichte nicht sichtbar und verbreiteten sich nur durch die unerträgliche Hitze, welche sie ausströmten. Wie leicht hätten daher die Damen mit ihren sommerlichen Kleidern in die Gefahr des Verbrennens gerathen können. Trotz des ungeheuren Andrängens der Menschenmassen war es doch möglich, die Straße abzusperren, bis die Gefahr beseitigt war.

Dresden, 25. Mai. Beide Kammern hielten heute vorbereitende Sitzungen. In der zweiten hielt der Präsident Haberkorn folgende Ansprache:

„Im Jahre 1859 waren es civilisatorische Bestrebungen Frankreichs, welche die Einberufung eines außerordentlichen Landtags und zur Abwehr derselben die Vermölgung großer Summen nothwendig machten. Frankreich ist es in der hauptsache wieder, welches diesen Landtag veranlaßt; jedoch handelt es sich diesmal um ein Werk des Friedens, welches nicht Gut und Blut kostet, sondern Segen auch für unser engeres Vaterland ver-

breiten soll. Die freie Entschließung über den von Preußen zugleich für den Zollverein mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrag bleibt der Kammer vorbehalten. Ich für meine Person bekenne mich aber zu den Freunden derselben und theile weder die materiellen, noch die politischen Bedenken, welche Manche dagegen erhoben haben. Kommt der Vertrag zu Stande, so werden darunter unverkennbar einzelne Branchen der Industrie insbesondere während der Übergangsperiode leiden. Allein ist irgend ein Fortschritt in der Welt geschehen, ohne daß damit zugleich die Interessen Einzelner verletzt worden wären? Aus neuerer Zeit erinnere ich nur an die Ablösung der Dienste und Frohden, Erbauung von Eisenbahnen und die Einführung der Gewerbefreiheit, wodurch viele zum Theil sehr empfindlich beschädigt wurden. Man schritt aber über das Glück und das Wohl befinden Einzelner und zwar im wohlverstandenen Interesse des allgemeinen Besten hinweg. Eben so verhält es sich mit dem preußisch-französischen Handelsvertrage. Er ist offenbar ein Fortschritt zum Besten. Er eröffnet freiere Bahnen für den Verkehr der Länder und Völker und darum müssen die Interessen der Einzelnen in den Hintergrund treten. Noch viel weniger sind die politischen Bedenken gerechtfertigt. Das Wohlbefinden der Völker entscheidet über deren Geschicke. Je mehr dasselbe gefördert wird, je inniger sich die Länder und Völker durch Gegenseitigkeit ihrer Interessen an einanderketten, desto schwerer schreiten sie zu deren Zerstörung und desto sicherer werden die Herrschaftsgüter Einzelner unterdrückt. Der Vertrag läßt sich daher auch in politischer Beziehung nur empfehlen.

Frankfurt a. M., 25. Mai. Wie bereits kurz berichtet, trat die Bundesversammlung gestern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um sich über den Antrag des kurhessischen Ausschusses auf Annahme des in der Sitzung vom 8. März von Österreich und Preußen gestellten Antrages (Wiederherstellung der 1831er Verfassung) schlüssig zu machen. Der Antrag ist gegen die Stimmen von Dänemark (für Holstein) und Mecklenburg angenommen worden.

Kurhessen enthielt sich des Votums; die 16. Kurie (Stimmführung Bückeburg: Herr v. Strauß) war ohne Instruktion. Die meisten Regierungen gaben motivierte Abstimmungen ab und bezogen sich auf den Ausschussbericht. Hannover stimmte dem Antrag zwar bei, knüpfte daran aber Voraussetzungen. Nach der Beschlussschaffung erklärte der Vertreter von Kurhessen, daß die kurfürstliche Regierung, den Verhältnissen nachgebend und unter Wahrung ihrer Rechte, dem Beschlusse nachkommen werde. Die Voraussetzungen des Ausschussberichtes lauten wörtlich: 1) „daß die seit dem Jahre 1852 erlassenen Gesetze so lange in Kraft bleiben, als sie nicht einer verfassungsmäßigen Änderung unterliegen; 2) daß anerkannt bundeswidrige Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche einmal factisch außer Wirksamkeit gesetzt sind, nicht wieder hergestellt werden, sondern suspendirt bleiben, bis sie auf verfassungsmäßigem Wege abgeschafft sind.“ — Der obenerwähnte gemeinschaftliche Antrag Österreichs und Preußens in der kurhessischen Angelegenheit lautet:

Die Kaiserlich österreichische und die königlich preußische Regierung — in der Erwägung: daß die hohe Bundesversammlung sich ihre schließliche Erklärung über die Erledigung der Verfassungs-Angelegenheit des Kurfürstenthums Hessen vorbehalten hat, — daß auf der Grundlage der Verfassungs-Urfunden vom 13. April 1852 und vom 30. Mai 1860 ein Einverständnis zwischen der kurfürstlichen Regierung und dem Lande nicht hat erzielt werden können, — daß der Bundesbeschluß vom 27. März 1852, wenngleich er die bundeswidrigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im Einzelnen bezeichnet hat, grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten bezwecke, — daß die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen im dringenden Interesse des Landes wie des gesamten Deutschlands liegt, — tragen darauf an, die hohe Bundesversammlung möge die kurfürstliche Regierung auffordern: „unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standesrechte der Mediatirien und der Reichsritterschaft, geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Januar 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmäßigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Übereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete.“

Darmstadt, 25. Mai. Die hiesige Zeitung hat in einer Extra-Beilage vom heutigen Datum eine überaus schmerzhafte Nachricht mitzutheilen: „Heute Morgen 11 Uhr sind Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin, nach vorausgegangenen vierwochigen Leiden, sanft verschieden. Der Verlust der vor trefflichen hochbegabten Fürstin, die eine Landesmutter im edelsten Sinne des Wortes war, ist ein unerschöplicher. Tausende weinen an ihrem Sarge.“ (Die Großherzogin Mathilde Caroline Friederike Wilhelmine Charlotte, Tochter des Königs Ludwig von Bayern, war geboren den 30. August 1813, vermählt mit Großherzog Ludwig III. am 26. Dezember 1833.)

Wien, 23. Mai. Die Verhandlungen zwischen Österreich und den Würzburger Regierungen über das großdeutsche Reformproject, welche eine Zeit lang

hauptsächlich in Folge des preußisch-französischen Handelsvertrages stillstanden, sind in der letzteren Zeit wieder aufgenommen worden und werden zwar auf Grundlage des älteren Dalwigk'schen Projectes neuerdings sehr eifrig gepflogen. In den der Regierung nahestehenden Kreisen versichert man, daß an einer Verständigung nicht mehr zu zweifeln sei, da sich selbst Hr. v. Beust mit dem Projecte des Hrn. v. Dalwigk versöhnt und auch Bayern seine Bedenken aufgegeben hat. Das Resultat dieser neuesten Verhandlungen soll schon in der nächsten Zeit in Form einer identischen vorgelegt werden. — Der englische Botschafter Lord Bloomfield begiebt sich auf sechs Wochen nach London. — In den Abgeordnetenkreisen wird gegenwärtig die mexicanische Frage vielfach besprochen, da die französischen Blätter neuerdings wieder den Namen des Erzherzogs Ferdinand Max mit derselben in Verbindung bringen. Man findet es auffallend, daß es wurde bereits die Frage angeregt, ob es nicht angezeigt sei, die Regierung in dieser Frage zu interpelliren. Neuestens hört man aber, daß in der That binnen kurzem eine offizielle Erklärung veröffentlicht werden soll, in welcher den Gerüchten über Candidatur des genannten Prinzen entgegentreten wird. Zugleich wird der Erzherzog einen Brief an den Kaiser der Franzosen richten, in welchem er auf die Candidatur auf den Thron von Mexico Verzicht leistet. — Die Nachricht, daß Frankreich in Wien das Vorgehen Preußens gegen Kurhessen getadelt habe, wird von gut unterrichteter Seite in Abrede gestellt. — In dem Befinden der Kaiserin ist eine Besserung eingetreten, der Zustand der hohen Frau ist jedoch immerhin ein sehr bedenklicher.

Paris, 23. Mai. Einiges Aufsehen macht ein Persigny'sches Rundschreiben vom 1. Mai, das jetzt erst in die Öffentlichkeit gelangt ist und worin die Präfecten darauf aufmerksam gemacht werden, daß diejenigen Franzosen, welche ohne Erlaubnis der französischen Regierung in päpstliche Dienste getreten und hinterher nach Frankreich zurückgekehrt sind, durch den Umstand, daß ihnen hierbei kein Hindernis in den Weg gelegt ward, keineswegs berechtigt sind, zu beanspruchen, daß sie wieder auf den Wahllisten erscheinen, die Maires sind im Gegenteil angewiesen, solche Leute, die kraft Art. 12 des Dekretes vom 21. Dezember 1852 ihre Nationalität als Franzosen verloren haben, von den Wahllisten zu entfernen.

Die römische Frage ist noch immer Gegenstand der schwankendsten und widersprechendsten Gerüchte. Bald will man wissen, General Goyon, der in clericalen, wie in amtlichen Kreisen mit großer Auszeichnung behandelt wird, werde binnen Monatsfrist wieder nach Rom zurückkehren, bald soll Lavallee vom Kaiser selbst die Sicherung erhalten haben, der Tag seiner Abreise werde vor einem Monate heranrücken. Dann wieder widerlegt das „Pays“ die Gerüchte von Goyon's Wiederernennung zum Oberbefehlshaber in Rom, um das Gerücht von einer Mission des Generals Niel aufzutragen, daß andererseits eben so entschieden als aus der Lust gegriffen bezeichnet wird. Selbst Cardinal Morlot, der Erzbischof von Paris, dessen Abreise zum Bischofscouncil in diesen Tagen erfolgt, wird als Träger einer offiziellen Mission bezeichnet. In diesen Wirrwarr von Gerüchten wirkt zum Überfluß das offizielle Wochenblatt, der „Esprit public“ die Nachricht von Turin über ein vom Kaiser selbst aufgesetztes Vermittlungsproject der römischen Frage hinein, bei dem es sich um nicht mehr oder weniger als eine Vertretung der päpstlichen Staaten durch eigene Deputirte im italienischen Parlament handeln soll.

Die spanischen Cortes sind vertagt worden.

Madrid, 23. Mai. Der mexikanische General Dobaldo hat sich schriftlich verbindlich gemacht, einen Vertrag zu unterzeichnen, welcher alle Forderungen Spaniens und Englands befriedigt und die Zahlung der Expeditionsosten mit Bürgschaften zu Gunsten der beiden genannten Mächte stipuliert.

Folgendes ist nach den spanischen Blättern der Wortlaut der Erklärung, welche Marschall O'Donnell über das Auftreten des Generals Prim in Mexico abgegeben hat, nachdem er angeführt, daß die Regierung nur die von dem Adjutanten Prim's überbrachten Depeschen erhalten habe:

Nachdem ich Kenntniß von der Depesche genommen, kann ich versichern, daß General Prim keinen anderen Entschluß ergreifen konnte, als den, welchen er ergriffen hat. Da man sich aber vorgenommen zu haben scheint, die ganze Verantwortlichkeit der Thatachen auf die Regierung zu wälzen, so erkläre ich ohne Bedenken, daß das Kabinett die vollständige Verantwortlichkeit für Alles, was General Prim gethan hat, übernimmt. Wenn sich ein Conflict, wie der, welcher zwischen den Bevölkerungen

ligten der drei Mächte stattgefunden hat, erhebt, so ist die Erklärung hierüber Sache der drei Mächte selbst, namentlich wenn sie, wie man annehmen darf, alle drei von denselben Absichten beseelt sind....

In einer späteren Erwiderung verspricht der Minister - Präsident, so wie die bereits begonnenen Erklärungen der Mächte untereinander beendigt sind, alle auf die mexicanische Expedition bezüglichen Dokumente den Cortes vorzulegen.

London, 23. Mai. Im Unterhause bemerkte Herr Luard, auf die Anfrage des Herrn Griffith, ob die Regierung nicht Sorge tragen wolle, daß die beim Bau des Suez-Canals stattfindenden Zwangsarbeiten eingestellt würden, daß dieses eine Angelegenheit sei, welche der Pascha von Egypten mit der Canal-Gesellschaft zu ordnen habe. Auf eine Anfrage von Sir John Paxton erwiederte Lord Palmerston, daß die Schwierigkeiten für die Lösung der Kirchensteuerfrage nicht verkannt werden könnten, die Regierung beabsichtige aber nicht, einen Vorschlag in dieser Beziehung einzubringen. Der O'Tonnor Don brachte dann die oft debattirte, zu religiösen Streitigkeiten Anlaß gebende Frage der Volkserziehung in Irland zur Sprache, in Folge dessen sich eine längere und heftige Debatte entspann, die endlich, nachdem sie sechs Stunden gedauert hatte, um 11 Uhr auf den Wunsch von Lord Palmerston ohne Resultat verlassen wurde.

Kopenhagen, 24. Mai. Se. Majestät der König hat dem Vernehmen nach dem Comité für die in Kopenhagen stattfindende nordische Studentenversammlung anzeigen lassen, daß Allerhöchstverselbe 25 von den schwedischen und norwegischen Studenten, die im nächsten Monat hierher kommen werden, als seine Gäste aufnehmen und ihnen im Palais Christian des Siebenten auf Amalienborg während ihres hiesigen Aufenthalts Wohnung anweisen lassen wird. "Fävrelandet" äußert besondere Freude, über diesen Beweis der Gastfreihheit des Königs und hofft, daß viele diesem erhabenen Beispiele folgen werden.

Vokales und Provinzielles.

Danzig, den 28. Mai.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Wahl eines Ober-Arztes am städtischen Lazarett in Stelle des verstorbenen Professor Dr. Pohl nicht, wie sonst geschehen, vorzunehmen, sondern solche den Lazarett-Vorstebern, als Verwaltern einer milden Stiftung, selbstständig zu überlassen, die getroffene Wahl zu bestätigen aber sich vorbehalten. Wie wir hören, haben die Vorsteher bereits drei auswärtige Aerzte, die bereits an Krankenanstalten und Kliniken fungirten, dem Magistrat als Candidaten zur Präsentation gebracht.

Durch die außerordentlich warme Witterung ist das Getreide so gezeitigt, daß viele Roggenfelder schon in der Blüthe stehen.

Vom Bord des Königl. Transportschiffes "Elbe" aus Falmouth hier eingetroffene an Angehörige gerichtete Briefe bestätigen die glückliche Ankunft des Schiffes. Mehrere schwer Erkrankte von der Besatzung der andern Schiffe des ostasiatischen Geschwaders sind dort an Land gebracht, auch befindet sich der vor mehreren Jahren inhaftierte und wieder eingesprungene Deserteur Unteroffizier H. abermals als Gefangener an Bord. Bei günstiger Witterung wird die "Elbe" Anfangs Juni in Swinemünde eintreffen, dort die Menagerie löschten und mit der Holzladung hierhersezeln, um demnächst einer umfangreichen Reparatur unterworfen zu werden.

Das Königl. Marineministerium hat die Baggregation der Weichsel längs der Königl. Werft mit einem Kostenaufwande von 3000 Thlr. genehmigt.

Die für heute angekündigte Sitzung des Schwurgerichts ist ausgefallen, weil der Angeklagte nicht fiktirt werden konnte, indem er wahrscheinlich die Flucht ergriffen.

Gestern Nachmittag entfernte sich der Bording-Kaufmann von seinem an der Schäferei liegenden Fahrzeuge, seinen 9 jährigen Pflegejohann auf Bord zurücklassend. Als er nach stündlicher Geschäftsbetreibung zurückkehrte, findet er den Knaben nicht vor, sieht jedoch Wölfe auf dem Wasser schwimmen. Erst um Mitternacht gelang es einem Matrosen des Fr. "Wesel" die Leiche des verunglückten Knaben aus der Tiefe herauszupeilen.

Gestern Abend entstand in einem Hause der Ziegengasse ein Gardinenbrand, dessen Löschung jedoch mit leichter Mühe erfolgte, so daß derselbe weiter keine Folgen hatte, als den Verlust der Gardinen.

Born. Mit der Erweiterung der Festungsmauer scheint es doch Ernst werden zu wollen. Einige Metres von außerhalb sind zu diesem Zweck hier einholtroffen und vermessen das Terrain um den Bahnhof herum. Die Herstellung einer Weichselbrücke ist jetzt die Hauptfrage für die städtischen Behörden; sie stand in voriger Woche zweimal auf der Tagesordnung des Magistrats und kommt nun an die Stadtverordneten, von welchen die Mehrzahl sich zweifelsohne für den Bau erklären dürfte. Am vorigen Freitag feierte der Turnverein seinen dritten Stiftungstag durch ein öffentliches Schauturnen, dem eine Menge Beobachter beiwohnten, sowie durch ein bescheidenes Turnen, an dem auch Freunde der Turnkunst teilnahmen. Dem Vereine gehören 80 erwachsene Personen an. Jede Woche Abends finden 3 Mal Übungen statt, die monatliche Beitrag beträgt 2½ Sgr.; Eintrittsgeld wird

nicht gezahlt. Troß des geringen Beitrages hat der Verein für die Winterübungen einen Saal gemietet. Die hierdurch entstehenden Kosten deckt zum größten Theil der Ertrag von freiwilligen Extragebenen besser gestellter Mitglieder. Auch besitzt der Verein schon eine kleine Büchersammlung, von Werken, welche das Turnen beleuchten.

Königsberg. Über die Einweihungsfeierlichkeit des neuen Universitätsgebäudes sind nunmehr definitive Bestimmungen getroffen. Dieselbe findet am 20. und 21. Juli d. J. statt. Am 20. Morgens langt der Kronprinz hier an. Um 9 Uhr ist Gottesdienst in der Domkirche, um halb 11 Uhr Festaktus im Auditorium maximum des alten Gebäudes. Der Kronprinz wird die Insignien des Rektors übernehmen, worauf der Prorektor eine kurze Abschiedrede von dem Collegium Albertinum hält. Dann setzt sich der Festzug nach Königsarten in Bewegung. Dort Übergabe des neuen Gebäudes an die Universität und kurzer Aktus in der Aula. Nachmittags großes Universitätsdiner. Am 21. Juli Morgens Abreise des Kronprinzen. Um 11 Uhr Ehrenpromotionen im Auditorium maximum der neuen Universität. Abends: allgemeiner Kommers. Die Fakultäten sind bereits mit Auswahl der zu ernennenden Ehrendoktoren beschäftigt. Wahrscheinlich werden auch der Kultuminister Dr. v. Mühlner, so wie die Geh.-Räthe Olshausen und Knerk das Fest mit ihrer Gegenwart beobachten.

Bie gemeldet, wird hr. Geheimrath Sperling, unser städtischer Vertreter im Herrenhause, diese Session des Landtags hindurch nicht fungiren. Dagegen ist der Vertreter unserer Universität im Herrenhause, Geh.-Rath Professor Dr. Voigt, der hochberühmte Historiker Preußens, bereits am 23. nach Berlin abgereist. Der selbe nimmt bekanntlich einen Sitz auf der linken Seite des Herrenhauses ein, wiewohl er zu den 6 Professoren gehört, die gegen den Wahlerlaß des Cultusministers nicht remonstriert haben.

Gestern passirte unsere Stadt ein Wagenzug, der eine Anzahl Auswanderer aus unserer Provinz nach Rußland führte. Es waren Mennoniten aus dem Werder, welche die Militärpflicht nicht mit ihrer Gewissenspflicht in Einklang bringen zu können wähnten und darum ihre Heimat verlassen.

Der wegen Wechselschärfungen von hier durchgangene Kaufmann Freytag hat bereits aus Manchester seinen Angehörigen von seiner glücklichen Ankunft dafelbst Meldung gemacht.

Insterburg. Soeben erfahren wir, daß der Staats-Anwalt Jesse vom 1. Juli nach Erfurt versezt wird.

Traehn, 25. Mai. Heute Abend gehen von hier drei Rennpferde mit der Eisenbahn ab, um an dem großen Berliner Rennen teilzunehmen, von welchem sie seit mehreren Jahren ausgeschlossen waren, weil sie sehr oft die ersten Preise nahmen, und so von reger Concurrenz abgeschrackt. Das Rennen, zu dem die Pferde nach Berlin geschafft werden, findet dort bekanntlich am 9. und 10. Juni statt.

Bromberg. Nach den uns zugegangenen Nachrichten wird der Kronprinz Sonnabend früh 7 Uhr mit dem Schnellzuge hier eintreffen und fährt vom Bahnhofe durch die Wilhelmstraße nach dem Präsidialgebäude und sobald der Festzug sich aufgestellt hat, um 11 Uhr, durch die Wilhelm- und Brückenstraße zur Enthüllungsfeier nach dem Hauptmarkt. Das Diner im Logensaal beginnt 1 Uhr Mittags. Nach Beendigung derselben begibt sich Se. Kgl. Hoheit zurück nach dem Präsidialgebäude und läßt dort, etwa um 4 Uhr, die für das Volksfest bestimmten Bütte vorbei defilieren. Nachmittags steht ein Besuch der Schlesienpartien und des Gartens in Osklo bevor. Die Rückreise nach Berlin erfolgt Abends 9 Uhr 20 Min.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung vom 27. Mai cr.

Vorsitzender: Herr Director Schaller aus Garthaus; die Staatsanwaltschaft ist vertreten durch den Herrn Professor v. Strombeck; Verteidiger: Herr Justiz-Rath Poschmann; Angeklagter: der frühere Krugbesitzer Jacob Friedrich Zeller aus Bölkau.

Der Angeklagte ist eine bei dem hiesigen Gericht sehr bekannte Persönlichkeit. Denn so lange er sich in Bölkau häuslich niedergelassen und dort eine Krugwirthschaft besessen, ist seine ganze Leidenschaft auf Spioniren, Denuncien und Prozeßbüro gerichtet gewesen. Wer seit einigen Jahren die öffentlichen Verhandlungen des hiesigen Criminal-Gerichts besucht hat, der hat ihn unter den verschiedensten Anklagen vor den Schranken derselben gesehen. Erst vor einigen Monaten befand er sich mit seiner von ihm geschiedenen Frau auf dem verhängnisvollen Platz unter der Anklage, daß er in Gemeinschaft mit dieser seinen leiblichen Vater und Bruder gemischt handelt. Von seiner Frau hat er sich scheiden lassen, damit diese in den von ihm geführten Prozessen als vollgültige Zeugin gebraucht werden könne und in seinem Interesse schwören dürfe. Bei seiner Sucht, zu denunciren und sich für empfangene Strafen zu rächen, hatte er es stets auf den Hrn. Polizei-Berwalters von Bölkau abgesehen. An diesem, einem Mann des strengen Gesetzes, scheiterten jedoch die Versuche des berüchtigten Denuncianten. In der Verzweiflung hierüber hat er zuletzt eine gegen den Herrn Polizei-Berwalters dahin lautende Denunciation eingereicht, daß derselbe den Feiertag entheiligt hätte, indem er eines Sonntags seinen Ochsen auf der Straße habe frei herumlaufen lassen. Indessen hat der denunciationsprozeß- und händelschärfige Mann die Wahrheit des Sprichworts: "Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selber hinein!" zur Genüge erfahren. Bei einer Schlägerei, in welche ihn seine Händelschärfte geführt, hat er ein Auge verloren und überdies sich in seinen Verirrungen zu dem Verbrechen des Meineids hinreissen lassen. — Aus den

vielen Prozessen, in welche er sich verwickelt, war zuletzt die bedeutende Kostensumme von mehr als 200 Thlr. erwachsen. Diese zu bezahlen, weigerte er sich. Es wurde deshalb von Seiten der Salarienkasse des hiesigen Stadt- und Kreis-Gerichts, an welche er die Kostensumme zu entrichten hatte, Mobilier-Exekution gegen ihn beantragt. Diese hatte keinen Erfolg. Um nun zu ermitteln, ob Zeller wirklich ganz vermögenlos sei, wurde er aufgefordert, bei der Exekutions-Commission des hiesigen Stadt- und Kreis-Gerichts den Manifestations-Eid zu leisten. Das von ihm eingereichte Vermögens-Verzeichniß, welches er am 8. Juni v. J. beschwore, war folgendes:

- 1) 1 Sonn- und Werktagssanzug;
- 2) 1 Bettlaken, 1 Oberbett und zwei Kissen;
- 3) sämmtliche Mobiliens sind verkauft; dem Verkäufer ist der Gebrauch verfallen; der Käufer ist der Gastwirth Johann Zeller;
- 4) eine Forderung für geleistete Fahren von 5 Thlr.
- 5) eine nicht einzutreibende Forderung von 1 Thlr.

10 Sgr. —

Daz er im Besitz von andern Gegenständen sei, stellte er entschlehn in Abrede. Indessen wurde bekannt, daß er zur Zeit des 8. Juni 1861, wo er den Manifestationseid geleistet, noch folgende Gegenstände besessen:

- 1) 2 Schweine;
- 2) bedeutende Mehvvorräthe;
- 3) verschiedene werthvolle Kleidungsstücke;

daz er überdies von einer Frau Orlowski die Summe von 26 Thlr. und von seinem Bruder Johann, an welchen er sein Grundstück verkauft, die Summe von 1400 Thlr. zu fordern gehabt. So wurde denn die Anklage wegen Meineids gegen ihn erhoben, welche in der gestrigen öffentlichen Schwurgerichts-Sitzung zur Verhandlung kam. Der Angeklagte Friedrich Jacob Zeller suchte wie in allen früher gegen ihn geführten Verhandlungen sich als die Unschuld derselben darzustellen. An Worten fehlte es ihm nicht, aber auf die sehr scharfen und bestimmten Fragen des Präsidenten eine entschieden und passende Antwort zu geben, das kam ihm nicht in den Sinn. In der Regel suchte er statt der Antwort irgend ein Geschichtchen zum Besten zu geben. In Bezug auf die beiden Schweine, welche er am 8. Juni v. J. noch besessen haben sollte, erzählte er, daß diese nicht ihm, sondern seinem Schwager Gründke in Kahlbude gehört hätten. Mit diesem hätte er am 29. September 1856 einen Contract geschlossen, demzufolge die Schweine in dessen Besitz übergegangen seien. Dieser Angabe des Angeklagten entgegen wurde aber durch Zeugenaussage festgestellt, daß er die Schweine, welche sich am 8. Juni in seinem Stalle befunden, viel später von der Witwe Maibauer in Chapelken gekauft, daß es also nicht dieselben sein konnten, welche er im Jahre 1856 an seinen Schwager verkauft haben wollte. Der Angeklagte suchte sich hierauf dadurch auszurenen, daß die von der Witwe Maibauer gekauften dem Schwager nur ein Ersatz hätten sein sollen für die laut des Contraktes ihm gehörenden zwei Schweine, welche mit Einwilligung derselben früher von ihm, dem Angeklagten, verkauft seien. Später hätte auch der Schwager freilich nicht die Schweine, aber doch für dieselben die Summe von 11 Thalern erhalten. Auf wie schwachen Füßen diese Angabe stand, und wie wenig Glauben sie sowohl bei den Herren Geschworenen wie bei dem hohen Gerichtshofe finden mußte, liegt auf der Hand. — In Beziehung auf die Mehvvorräthe erklärte der Angeklagte, zur Zeit des 8. Juni 1861 durchaus keine besessen zu haben. Indessen wurde durch Zeugenaussage nachgewiesen, daß er erst 4 Tage vorher von dem Herrn Inspector Hesse zu Reinfeld behufs der Betreibung seiner Bäckerei 30 Scheffel Roggen gekauft und auf der Mühle des Herrn Bottke habe mahlen lassen. Seine Aussrede, daß das Bäckereigeschäft in jener Zeit außerordentlich lebhaft gegangen und so das Mehl von den 30 Scheffeln Roggen bereits am 8. Juni verkauft worden sei, er überdies auch gar nicht Eigentümer der Bäckerei mehr gewesen, sondern dieselbe am 1. April 1861 an den Bäckermeister Herrn Hugo v. Selewski, der ihm früher das Geschäft gegen ein Wochenlohn von 2 Thlr. geführt, vermittelst eines Kauf-Contracts übergeben habe, mußte sich ebenfalls als höchst unglaublich erweisen. Der Bäckermeister Hugo v. Selewski kannte nicht als Zeuge vernommen werden, weil er seit einiger Zeit spurlos verschwunden ist. Es wurde aber ein bei dem Bruder des Angeklagten dienendes Mädchen als Zeugin vernommen, welches mit großer Bestimmtheit aussagte, daß sie um die Zeit des 8. Juni v. J. noch 4 bis 5 Säcke voll Roggenmehl in der Wohnung des Angeklagten gesehen. Dieselbe Zeugin bekundete, daß so wohl dieser wie seine Frau um jene Zeit noch viel mehr Kleidungsstücke besessen, als sie auf dem Leibe getragen hätten. Sie hätten aber ihre Garderobe nicht in dem eigenen Hause, sondern bei dem Schwager Gründke in Kahlbude gehabt. So oft sie sich in Geschäften nach Danzig begeben, seien sie erst nach Kahlbude gegangen, um dort ihre besseren Kleider anzulegen. Ein dem Angeklagten höchst ungünstiges Zeugnis legten auch dessen leiblicher Vater und Bruder ab. Seine Aussreden wurden durch dasselbe sehr entkräftet. — Ferner wurde von der Orlowski bekannt, daß sie dem Friedrich Jacob Zeller für entliehenes Mehl und Brod die Summe von 26 Thlr. schuldig gewesen, wovon die Hälfte erst im December v. J. bezahlt worden. — In Betreff der 1400 Thlr., welche er von seinem Bruder Johann Zeller für das an diesen verkauft Grundstück zu fordern, gab er an, daß der Verkauf derselben nur ein Schein-Verkauf gewesen. Nebrigens habe nicht er den Verkauf beorgt, sondern seine Frau, welcher er Vollmacht gegeben. Als Beweis dafür, daß er den Verkauf nur als einen Schein-Verkauf angesehen, müsse der Umstand gelten, daß er bereits gegen seinen Bruder einen Prozeß angestrengt habe, um sein Eigentum wieder zu erhalten. Sein Bruder selbst habe auch früher den Kauf durchaus nicht für einen wirklichen gehalten: hätte derselbe doch sogar zu einem Bekannten gesagt, daß der Verkaufs-Contract nur deshalb abgeschlossen sei, um dem Spitzbubengericht nicht

die vielen Kosten zu zahlen. Es wären diese so unglaublich würdigten, den Verdacht steigernden Ausreden vielleicht schon allein hinreichend gewesen, den Herren Geschworenen die Überzeugung von der Schuld des Angeklagten zu verschaffen. Es kam aber noch dazu ein anderer, ihn gravierender Umstand. Am 18. März d. J., wo er sich schon in Haft befand, hatte ihn der Gefängnis-Inspector in seiner Zelle bei der Aufführung eines Briefes mit Bleistift gefunden. Kaum hatte er den Inspector bemerkt, so hatte er auch schon den Versuch gemacht, das beschriebene Stück Papier zu verschlucken. Indessen war es dem Inspector gelungen, ihm dasselbe aus dem Munde zu ziehen. Mit vieler Mühe ist die Bleistiftschrift dieses halb zerfaulten Papiers entziffert worden. Aus der Entzifferung ergab sich ein Brief des Angeklagten an seine, von ihm geschiedene Frau, in welchem er ihr eine genaue Instruction ertheilt, in welcher Weise sie ihre Aussage vor Gericht in der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung ablegen sollte. Nachdem die Beweisaufnahme zu Ende geführt war, hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr v. Strombeck sein Plaidoyer, in welchem er besonders auf die Freiheit hinwies, mit welcher der Angeklagte wissentlich einen falschen Eid geschworen und beantragte eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren. Der Herr Vertheidiger suchte Milderungsgründe geltend zu machen und bezeichnete das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß als ein zu hohes. Das Urteil der Herren Geschworenen lautete auf "schuldig". Der hohe Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren.

Berimischte S.

** Einer der eigenthümlichsten Diebstähle, auf die man nur irgend verfallen kann, ist in Spandau verübt worden. Dort ward nämlich eine Kanone vom Festungswall gestohlen. Wie wir hören, sind aus Veranlassung dieses Diebstahls zwei Kanoniere und 2 Handelsleute in Verdacht und Untersuchung gekommen.

** Die abgebrannte Restauration auf der Schneekoppe wird durch den Eigentümer wieder aufgebaut und mit 29 Zimmern und einem Gesellschaftssaale von 40' Länge und 38' Breite versehen werden.

Kirchliche Nachrichten vom 19. bis zum 26. Mai.

(Schluß.)

Heil. Leichnam. Aufgeboten: Kaufmann Friedr. Ludw. Schirnck mit Sofr. Math. Minna Agnes Gromke in Hochstrieß.

Himmelfahrtskirche zu Neufahrwasser. Getauft: Schiffssapitain Philipp Sohn Paul. Aufgeboten: Uhrmacher Heinrich Wilhelm Timmelmeier mit Louise Ernestine Wilhelm. Schäfke. Müllermeister Friedrich Wilhelm Lamotke mit Sofr. Louise Therese Theus.

Königl. Kapelle. Getauft: Tischlerges. Fischer Tochter Maria Anna. Töpferges. Schulz Tochter Anna Rosalie Bertha.

St. Nicolai. Getauft: Handelsmann Mathe Tochter Wilhelmine Theresia.

Aufgeboten: Seefahrer Berthold Kretschmann mit Sofr. Johanna Tilsner.

Gestorben: Eigentümer Gottfried Weiß, 78 J. Alterschwäche. Eigent. Gottfried Pahnke, 70 J. Lungenschwäche.

Karmeliter. Getauft: Schmiedegesell Nadolsk Sohn Gustav Mar.

Aufgeboten: Seefahrer Berthold Emil Wilhelm Kretschmann mit Sofr. Johanna Friederike Tilsner.

Gestorben: Schmiedegesell Joseph Krönke, 30 J., angeblich Pocken.

St. Birgitta. Getauft: Schiffszimmergesell Eichholz Sohn Joseph Herrmann. Böttcherges. Tessmer Tochter Mathilde Johanna.

Aufgeboten: Schmiedeges. Friedr. Petke mit Maria Anna Koneffé.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationschule zu Danzig.

Wet.	Barometer-	Etherometer-	Wind und Wetter.
Grund	Höhe in	im Freien	
Par. Einheiten.	n. Reaumur.	n. Reaumur.	
27 4½	335,08	+ 12,4	D. schwach, durchbr. Gewölk.
28 8	332,56	10,5	Wstl. schwach, dic. mit Regen.
12	332,53	11,7	N. stark, durchbr. Gewölk.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 28. Mai.

L. Colle, de jonge Pieter, v. Norrköping; H. Erikson, Lovise, v. Gothenburg; W. Schlegel, Emil, v. Stralsund; N. Bradhering, Friedr. u. Louise, v. Warnemünde; F. Schulte, Juno, v. Neustadt; N. Diewig, Otto, v. Randers; H. Boltz, Preciosa, u. P. Kreuzfeldt, Industrie, v. Stege u. C. Brüngelson, Pauline; F. Labudda, Anna Emilie; H. Schütt, Alb. Julianne, u. H. Vöge, Aline, v. Copenhagen m. Ballast.

Producten-Berichte.

Börsen-Bekäufe zu Danzig vom 28. März:
Weizen, 254 Last, 134, 133 pfd. fl. 550; 131, 130 pfd. fl. 530; 129 pfd. fl. 518; 86 pfd. fl. 505 pr. 85 pfd. 3.-G.
Roggen, 8 Last, fl. (?) pr. Connoisement.
Erbse w., 33 Last, fl. (?)
Brot, 27. Mai. Weizen 65—77 Thlr.
Roggen 48—49 Thlr. pr. 2000 pfd.
Gerste, große und ll. 34—37 Thlr.
Hafer 24—26 Thlr.
Erbse, Koch- und Butterwaare 49—57 Thlr.
Rüböl loco 13½ Thlr.
Leinöl loco 13½ Thlr.
Spiritus 17½ Thlr. pr. 8000 % Dr.
Königsberg, 27. Mai. Weizen 89½—90 Sgr.
Roggen 57—57½ Sgr.
Gerste gr. 38—45 Sgr. fl. 33—42 Sgr.
Erbse, w. 57 Sgr.
Spiritus ohne Fass 18 Thlr.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 24. bis incl. 27. Mai:
1448½ Last Weizen, 657½ 2. Roggen, 232 2. Ersen, 1 2. Gerste, 9241 Stück eich. u. 28090 St. ficht. Balken, 270 2. Böhmen, 48 2. Faschholz, 300 Schok Bandtische, 14 Ctr. Gurte, 140 Ctr. Pottasche. Wasserstand 2' 7".

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Oberst u. Kommandeur der 4. Infanterie-Brigade v. Grozmann a. Danzig. Die Rittergutsbesitzer Maniewicz u. Frl. Tochter a. Janischau u. Stavenow a. Mühlendorf. Apotheker Lazarowicz a. Elbing. Die Kaufleute Lesser u. Jacoby a. Berlin u. Feldmann a. Glauchau.

Hotel de Berlin:

Gutsbesitzer Schröder a. Breslau. Die Kaufleute Genic a. Berlin, Liebenow a. Glauchau u. Esch a. Rheydt.

Walter's Hotel:

Rittergutsbesitzer Bonius a. Neu-Preuß. Schäferei-Director Hoffmann a. Berlin. Rentier v. Grävenitz a. Neustadt. Dr. jur. Schumann a. Königsberg. Kaufl. Gräf aus Eisenach, Selle a. Schwerin, Guilmann, Michalis u. Toussaint a. Berlin, Brauns a. Rheydt u. Denk aus Neukrug.

Schmelzer's Hotel:

Hauptmann im 4. Garde-Regmt. v. Buhl a. Spandau. Gutsbes. Hartung n. Gem. a. Neussen u. Haase a. Saazig. Akademiker Gallandi u. Braunschweig aus Waldau. Kaufl. Steinert a. Magdeburg, Kreuchen aus Stettin. Beyer u. Menske a. Berlin, Rosner a. Hamburg u. Siebert n. Gem. a. Bromberg.

Hotel de Thorn:

Rentier Wahl a. Dresden. Brauereibes. Brock a. Stettin. Kaufm. Schneider a. Berlin. Fabrikant Piese

a. Magdeburg. Dekonom Wilson a. Bromberg. Baronin v. Buttler, Baronesse v. Buttler u. Fr. v. Eide aus Kanthen.

Deutsches Haus:

Die Besitzer Moschner, Anlauf u. Gottschlich aus Grafschaft Glaz. Vicar Moschner a. Graudenz. Fräul. Anlauf a. Puzig u. Kfm. Golps a. Danzig.

Hotel d' Liva.

Kaufl. Bosched u. Bureau a. Neustadt, Fürstenberg a. Stettin. Gutsbes. Tieble a. Berlin.

[Eingesandt.]

Himmelfahrtstag.

Schau heut am Festtagemorgen
Doch hinauf zum Himmelszelt!
Heute darfst Du glauben, hoffen,
Dass dort oben Gottes Welt!

Über Sonnen, über Sternen
Baut sich auf dort Gottes Thron;
Und auf lichten weißen Wolken
Sieht heutheim zu ihm der Sohn.

Und vom Himmel tönet nieder
Tröstend Dir sein Abschiedswort!
Wo ich bin, da sollt ihr bleiben
Viele Wohnungen sind dort!

Kann Dein Sinn es nicht begreifen
Weil Dein Aug' es nicht ermüdet:
Kannst Du denn das Wunder fassen
Dass Dein Herz voll Liebe ist.

Dass es in den Augenblicken
Die Dein Leben tief bewegt!
Seine Wünsche und sein Hoffen
Hoch empor zum Himmel trägt.

Dass die Seele die Du fühlest
Die Dein Auge nimmer sieht,
Fest von dieser irdischen Erde
Zu der fernen Heimat zieht?

Hat an Gottes ew'ger Liebe
Sich nicht stets Dein Herz erquict;
Kam von stillen Himmelfahrten
Deine Seele heim beglückt?
O so feire heut mit Jubel
Deines Heilands Himmelfahrt,
Die den Weg zur fernen Heimat
Und zu Gott Dir offenbart!

Lotterie-Loose zur 1. Classe 126. Lotterie
à Viertel 4½ Thlr. Erneuerung der anderen Classen und
Gewinnzahlung ohne Kosten.

Stettin.

Hermann Block,

Königl. Stempel-Distributeur.

Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nach dem Rechnungs-Abschlusse der Bank für 1861 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

75 Procent

der eingezahlten Prämie.

Jeder Banktheilnehmer in hiesiger Agentur empfängt diesen Anteil nebst einem Exemplar des Abschlusses Vormittags von 9—1 und Nachmittags von 3—6 Uhr vom Unterzeichneten, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungs-Abschluß zu jedes Versicherten Einsicht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft beizutreten, giebt der Unterzeichnete bereitwillig dessalige Auskunft und vermittelt die Versicherung.

Danzig, den 26. Mai 1862.

C. F. Pannenberg,

Agent der Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Comtoir: Neugarten No. 17.

Das concessionirte Auswanderungs-Bureau von Louis Knorr & Co. in Hamburg

bietet Gelegenheit für Auswanderer direct

nach New York pr. Dampfschiff	Passage Rth. 60 für Erwachsene, Rth. 30 für Kinder.
— Segelschiff	— Rth. 30 — — Rth. 24 —
nach Quebec monatlich 2 Mal	— Rth. 28 — — Rth. 22 —
nach Dona Francisca 5. Juli, 5. Octbr.	— Rth. 28 — — Rth. 20 —
nach Blumenau 5. Juli, 5. October	— Rth. 28 — — Rth. 12 —
nach Melbourne 1. Juni 1. September	— Rth. 100 — — Rth. 50 —

Wer Plätze zu haben wünscht, wolle Rth. 10 à Person Drauf-Geld franco an **Louis Knorr & Co. in Hamburg** einsenden, wogegen Contracte erfolgen.

Berliner Börse vom 27. Mai 1862.

Bl. Br. Gld.

	Bl.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	—	100½
Staats-Anleihe v. 1859	5	107½	107
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4½	—	99½
do. 1854, 55, 57,	4½	101	100½
do. v. 1859	4½	101½	100½
do. v. 1856	4½	101	100½
do. v. 1853	4	99½	99½
Staats-Schuldscheine	3½	89½	89
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	121½	120½
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	—	88
Pommersche do.	3½	91½	—
Posensche do.	4	100½	100½
Posensche do.	4	—	104½
do. neue do.	3½	—	98
Westpreußische do.	3½	89	88½
do. do.	4	99	98½
Danziger Privatbank	4	—	100½